

ARGUMENTATIONSHILFE



HÄUFIG GEFRAGT: STREIK FÜR KLEINERE KLASSEN

Wir wollen den dezentralen Streiktag am 08. Februar 2023 für einen vertieften Austausch unter den Kolleg*innen nutzen. Im Januar haben viele Vertrauensleute den Arbeitskampf für kleinere Klassen in ihren Betriebsgruppen diskutiert. Die Streikversammlungen am 8.2. sollen diesen Vertrauensleuten Raum geben, von der Stimmung in ihren Schulen zu berichten. Wir freuen uns insbesondere über Rückmeldungen dazu, wie die Kolleg*innen die bisherigen Streiktage wahrgenommen haben und was nötig ist, um vor Ort noch besser mobilisieren zu können. Die bezirkswerte Auswertung am 8.2. wird euer Tarifkommissionsmitglied in die weitere Beratung der Tarifkommission einfließen lassen. Für besonders häufige Fragen der Kolleg*innen rund um den TV Gesundheitsschutz haben wir eine kleine Argumentationshilfe entwickelt. Vielleicht ist diese hilfreich für die Diskussion.

Was soll mit dem TV Gesundheitsschutz erreicht werden?

Wir wollen, dass die Klassengröße an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zukünftig verlässlich in einem Tarifvertrag geregelt wird. Bisher erlässt die Senatsverwaltung eine Verwaltungsvorschrift. Gäbe es stattdessen einen Tarifvertrag, könnte die GEW BERLIN als eure Gewerkschaft Verhandlungen führen. Dann könnten alle Kolleg*innen sich z.B. mit Streiks für bessere Bedingungen einsetzen. Der Tarifvertrag wäre ein grundlegender Paradigmenwechsel in Sachen Klassengröße. Der Grundstein für Mitgestaltung und Verbesserungen wäre gelegt. Das Ziel ist, in diesem Tarifvertrag eine Verkleinerung der Klassen verbindlich festzuschreiben und so endlich weniger Arbeitsbelastung und mehr Bildungsqualität zu erreichen. Hier findest du unseren Forderungsbeschluss:.



Es fehlt an Personal: Wie können wir da #KleinereKlassen erreichen?

Die Berliner Politik hat seit Jahren viel versprochen und nur wenig gehalten. Bis 2022 sollten jährlich 2.000 Absolvent*innen mit Lehramtsabschluss die Unis verlassen. Auch der Koalitionsvertrag sah das vor. Dieses Ziel wurde deutlich verfehlt! 2018 waren es

gerade einmal 910 Absolvent*innen. 2019: 878 Absolvent*innen. Darum brauchen wir einen Tarifvertrag! Nur ein Tarifvertrag bringt eine verlässliche und einklagbare Regelung. Der Arbeitgeber ist an den Tarifvertrag gebunden und kann sanktioniert werden.

Warum rufen wir nicht auch Erzieher*innen zum Streik auf?

Erzieher*innen sind im Ganztage, in der Kita und in der Jugendhilfe tätig. Viele sind bei freien Trägern angestellt und nicht im öffentlichen Dienst. Daher ist es leider nicht möglich, eine gemeinsame Tarifforderung zu erheben, wie wir es für die Lehrkräfte tun. Wir sehen das Tarifprojekt aber als Türöffner und werden versuchen, es bei einem Erfolg auch auf die Erzieher*innen auszuweiten. Bis dahin kämpfen wir für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Erzieher*innen auf anderen Wegen: über die Dienstvereinbarung zur mittelbaren pädagogischen Arbeit zum Beispiel. Auch in der Länder-Tarifrunde im Herbst werden wir Arbeitsentlastungen thematisieren und dafür zum Streik aufrufen.

Was tut die GEW für Erzieher*innen?

Spätestens im nächsten Herbst werden wir in der bundesweiten Tarifrunde auch Erzieher*innen wieder zu Streiks aufrufen. Dann werden neben höheren Entgelten auch Arbeitsentlastungen auf der Tagesordnung stehen. Die GEW BERLIN setzt sich auch auf anderen Wegen für Erzieher*innen ein: Wir kämpfen hier in Berlin für mehr Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit und für eine Verbesserung des Personalschlüssels im Ganztage. Insbesondere den Streiks hier in Berlin ist es zu verdanken, dass in den letzten Jahren deutliche Gehaltserhöhungen erreicht wurden: Natürlich ist uns das noch lange nicht genug, aber das Einstiegsgehalt einer Erzieherin liegt heute bei rund 1.000 Euro über dem von vor zehn Jahren.

Sind wirklich nur Lehrkräfte zum Streik aufgerufen?

Die GEW ruft alle Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen zum Streik auf, die unter den Geltungsbereich des Tarifvertrags der Länder fallen. Wir fordern nicht nur kleinere Klassen, sondern auch mehr Sozialarbeiter*innen und Psycholog*innen für die Schulen. Multiprofessionelle Teams bedeuten: Die Lehrkraft ist nicht mehr allein für die Klasse verantwortlich. Das entlastet zeitlich, aber auch emotional. Und die Schüler*innen profitieren von der zusätzlichen Förderung und Zuwendung enorm.

Wie kann ich unterstützen, wenn ich Beamte*r bin?

Die GEW kämpft vor dem Europäischen Gerichtshof für das Streikrecht für Beamt*innen. Doch auch ohne selbst zu streiken hast du Möglichkeiten, wie du als Beamtin oder Beamter bei den Warnstreiks helfen kannst: Verweigere die Vertretung der streikenden Kolleg*innen. Das ist dein Recht! Zeig dich solidarisch und lass deine angestellten Kolleg*innen nicht im Regen stehen. Unterstütze sie gegen Vorwürfe von Eltern, der Öffentlichkeit oder der Schulleitung! Sie kämpfen auch für deine Arbeitsbedingungen!

Sind Berlins Klassen im Länder-Vergleich schon sehr klein?

Leider nein. Die aktuelle Bildungsstatistik weist für Berlin im Jahr 2020 z. B. an öffentlichen Grundschulen 22,7 Schüler*innen je Klasse aus, bundesweit sind es nur 20,9. Auch an der Qualität hakt es in Berlin: Der Bildungsbericht 2022 weist exemplarisch für das Fach Mathematik in Klasse 9 nach, dass Berliner Schüler*innen signifikant mehr Unterrichtsstörungen wahrnehmen als Schüler*innen im Bundesdurchschnitt. Lehrer*innen spüren das deutlich in der täglichen Praxis. In unserer Befragung 2021 sagtet ihr uns, dass kleinere Klassen für euch die wichtigste Entlastung wären – weniger Stress, mehr Beziehungsarbeit!

Verbessern #KeinereKlassen die Bildungsqualität überhaupt?

Wissenschaftliche Studien belegen den positiven Effekt kleinerer Lerngruppen auf den Lernerfolg, das Lernklima und die Gesundheit des Lehrpersonals. Und der Wechselunterricht in der Corona-Pandemie hat uns eins gezeigt: In kleineren Klassen gibt es eine bessere Lernatmosphäre, weniger Störungen und es bleibt mehr Zeit für individuelles Lernen sowie Beziehungsarbeit. #KeinereKlassen entlasten Lehrkräfte. Sie können ihren Job so noch besser machen und sind damit insgesamt zufriedener.

Wollen die Parteien keine kleineren Klassen?

In ihren Wahlprogrammen fordern fast alle Koalitionsparteien #KeinereKlassen. Passiert ist seit der Wahl jedoch nichts. Im Gegenteil: Die Arbeitsbedingungen in den Schulen werden immer schlechter, was auch der extrem hohe Krankenstand zeigt. Wir wollen uns nicht länger anschauen, wie die Politik die Bedingungen in den Schulen Jahr für Jahr verschlechtert. Wir wollen dem Senat auf Augenhöhe über Arbeitsbedingungen verhandeln, die nicht krankmachen. Uns ist klar, dass nicht von heute auf morgen die Klassengrößen gesenkt werden können. Realistisch ist ein Stufenplan, der verbunden mit Sanktionen den Senat zwingt, seinen Versprechen endlich Taten folgen zu lassen.

Sind die Forderungen überhaupt realistisch?

Hätte der Senat sein Versprechen gehalten, hätten wir zum Schuljahr 2023/24 rund 6.600 Lehrkräfte mehr und damit ein von 19 Prozent. Die Koalition hatte vereinbart, ab 2018 jedes Jahr 2.000 Lehrkräfte auszubilden. Unsere Forderung #KleinereKlassen hätte so problemlos erfüllt werden können. Hätte, hätte, Fahrradkette. Der Senat muss die Anzahl der Lehramtsabsolvent*innen endlich konsequent erhöhen. Die Zahl der Studienplätze im Lehramt muss weiter bis auf 3.000 ausgebaut werden, damit der drastische Lehrkräftemangel nachhaltig beseitigt werden kann. Ein Tarifvertrag würde für die bisher fehlende Verbindlichkeit sorgen.

Darf das Land Berlin nicht mit der GEW über #KleinereKlassen verhandeln?

Tarifrechtlich ist die Forderung legitim. Im Gesundheitsbereich gibt es bereits ähnliche Tarifverträge. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) lehnt laut Finanzsenator die Verhandlungen mit der GEW ab. Die Ablehnung geschieht also aus politischen und Kostengründen. Der Finanzsenator muss seinen Arbeitgeberverband also überzeugen, ihm Verhandlungen zu gestatten. Dabei wollen wir ihm helfen. Die TdL ist der Arbeitgeberverband, in dem alle Bundesländer außer Hessen Mitglied sind. Berlin war 1994 aus der Tarifgemeinschaft ausgetreten und trat erst 2013 wieder ein.

Wenn gestreikt wird, fällt noch mehr Unterricht aus. Ist das nicht kontraproduktiv?

Viel schwerer als der Unterricht, der am Streiktag ausfällt, wiegt letzten Endes der Unterricht, der jeden Tag in Berliner Schulen stattfindet – oder anders ausgedrückt: unter welchen Bedingungen der Unterricht stattfindet! Denn: Gute Bildung ist mit überlasteten Lehrer*innen nicht möglich. Und: Durch Überlastung verliert die Schule dringend benötigte Fachkräfte. Der Krankenstand ist hoch, weniger als die Hälfte der Lehrkräfte erreicht überhaupt die Regelaltersgrenze im aktiven Dienst. Ohne Streik wird sich der Senat als Arbeitgeber nicht zu Verhandlungen mit der GEW bewegen lassen. ■

Weitere Fragen beantworten wir in unserem FAQ online unter www.gew-berlin.de/tarif/tv-gesundheitsschutz

